

Wirtschaft



Tieflöhne in der Apotheke
Das Personal ist gut ausgebildet, aber wird schlecht bezahlt. 13

Bei Amazon wird gestreikt – aber keiner merkt's

In den Logistikzentren des Online-Versandhändlers in Deutschland gibt es seit drei Jahren immer wieder Arbeitsniederlegungen. Den US-Konzern lässt das bisher kalt.

Jürg Rüttimann

In den grossen Lagerhäusern von Amazon in Deutschland ist es schon fast ein Ritual: In der Zeit vor Weihnachten, wenn besonders viele Bestellungen abgearbeitet werden müssen, ruft die Gewerkschaft Verdi tageweise zum Streik auf. Das war die letzten drei Jahre so. Und ist auch in diesen Tagen wieder der Fall. Zuletzt vor gut zwei Wochen. Laut Verdi haben in sechs Logistikzentren insgesamt rund 1500 Angestellte die Arbeit für einen Tag niedergelegt. Doch während bei Streiks in Verkehrsbetrieben und Airlines Zehntausende nicht zur Arbeit kommen oder Passagiere auf Flughäfen stranden, ist der Effekt der Streiks bei Amazon gleich null. Das zumindest behauptet das Unternehmen. Wie bei allen vorangegangenen Streiks liess der Online-Versandhändler verlauten, dass trotz Arbeitsausstands alle Kunden pünktlich beliefert hätten werden können.

Streiks längst einkalkuliert

Überhaupt keine Wirkung des Streiks ausmachen kann auch Gerrit Heinemann. «Die Streiks sind ein Witz», liess er sich vor kurzem in diversen deutschen Medien zitieren. Heinemann ist Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule Niederrhein in Krefeld und gilt in Deutschland als einer der ausgewiesenen Experten für Online-Handel. Seine These: Die von der Gewerkschaft initiierten Streiks zeigen keinerlei Wirkung, weil diese längst in die Planung von Amazon einkalkuliert sind. Der Versandhändler profitiert davon, dass er alleine in Deutschland neun Logistikzentren betreibt, die wiederum in das europäische Netz von insgesamt über 30 Versandlagern eingebettet sind. Das heisst: Kommt es an einem Standort zu personellen Engpässen oder fällt Mehrarbeit an, können Aufträge anderswohin verschoben werden.

Bei Verdi ist man indes überzeugt davon, dass Heinemanns Ansicht falsch ist. Die Streiks zeigten durchaus Wirkung, sagt Mediensprecherin Eva Völpel. Wenn in einer Schicht in einem Logistikzentrum ein Drittel der Arbeitskräfte ausfalle, sei das selbst für Amazon spürbar. «Wir wissen, dass wegen des Streiks Bestellungen liegen geblieben sind», sagt sie. Zudem habe Verdi mittlerweile auch die Streikstrategie angepasst: Arbeitsausstände werden nun nur noch



Bestellungen vorbereiten für 11 Euro pro Stunde: Mitarbeiter im Amazon-Logistikzentrum Brieselang. Foto: Hannibal Hanschke (Reuters)

kurzfristig angekündigt. Oder aber erwartete Streiks werden kurzerhand abgesagt, was für Amazon auch kostspielig sein kann, wenn es für zusätzlich als Streikbrecher aufgebotenes Personal schliesslich gar keine Arbeit gibt. Die Hoffnung von Verdi: Die Streiks werden Amazon irgendwann zu teuer und zwingen den Versandhändler an den Verhandlungstisch.

Ziel von Verdi ist ein Gesamtarbeitsvertrag für die rund 11 000 Amazon-Angestellten in Deutschland. Einen solchen Tarifvertrag aber will der US-Versandhändler, der aus Deutschland auch die Kunden in der Schweiz bedient, partout nicht. «Amazon möchte die Arbeitsbedingungen lieber einseitig und willkürlich bestimmen», so Völpel. Das Unternehmen verweist darauf, rückwirk-

kend auf September die Löhne erhöht zu haben. Der Bruttostundenlohn eines Mitarbeiters, der in den Lagerhallen die Bestellungen rüstet, beträgt nun zwischen 10.30 Euro und etwas mehr als 11 Euro. Die Gewerkschaft Verdi bucht die Lohnerhöhung einerseits als Erfolg der bisherigen Streiks ab. Andererseits erachtet sie die Löhne aber weiterhin als zu tief und die Arbeitszeiten als zu lang: Auf ein Monatslohn gerechnet lägen die Amazon-Löhne immer noch rund 250 Euro unter dem Mindestlohn, den bestehende regionale Tarifverträge für den Handel vorsähen.

Amazon setzt Standard für alle

Genau in diesem Punkt offenbart sich die grundlegende Differenz zwischen der Gewerkschaft und dem Versand-

riesen. Und der Grund, weshalb für Verdi der Arbeitskampf bei Amazon äusserst wichtig ist. Amazon orientiert sich nach eigenen Angaben nämlich an den Arbeitsbedingungen und Löhnen der Logistikbranche. Verdi dagegen will, dass die Angestellten zu Konditionen angestellt werden, die im Handel gelten. «Amazon steht schliesslich in Konkurrenz mit dem stationären Handel und dem Versandhandel, und nicht mit den Logistikern», sagt Verdi-Vertreterin Völpel. Und weil Amazon ein ganz grosser Player ist, lässt Verdi auch nicht locker. Und organisiert Streik um Streik. «Der Druck wird aufrechterhalten, bis Amazon reagiert», lautet die Devise. Denn was beim Versandriesen gilt, dürfte nachher Standard für alle Online-Händler werden, ist Verdi überzeugt.

Kämpferinnen gegen Wohnungsnot

Ältere und alleinerziehende Frauen haben es bei der Wohnungssuche oft schwer. Vier Zürcher Start-up-Unternehmerinnen wollen das ändern.

Franziska Kohler

Wen würde ein Vermieter am ehesten aufnehmen: ein gut situiertes Doppelverdiener-Pärchen ohne Kinder, eine alleinerziehende Mutter oder eine ältere Frau mit bescheidener Rente? Je wichtiger ihm eine sichere Rendite ist, desto eher dürfte er zu den «Dinks» (Double Income, No Kids) tendieren.

Weil die meisten Immobilien Anlageobjekte sind, spielt Rendite in der Branche eine grosse Rolle. Das ist gut für die Dinks, aber schlecht für Alleinerziehende und Seniorinnen. Dass Letztere auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt werden, ist belegt. Laut einer Studie der Beratungsfirma Fahrländer werden ältere Frauen ausgeschlossen, weil viele Wohnungsinserate nur noch online zugänglich sind. Ausserdem befürchten Immobilienverwalter, dass sie «komplizierter und verwaltungsaufwendiger» sind als ältere alleinstehende Männer.

Meret Wiedenkeller kennt beide Seiten dieser Geschichte. Die Ökonomin ist alleinerziehende Mutter einer mittlerweile erwachsenen Tochter und hat sich auf das Immobilien-Asset-Management spezialisiert. Als sie vor 30 Jahren in die Geschäftswelt einstieg, wählte sie sich am Beginn einer neuen Ära. «Ich glaubte, nun stehe der Aufbruch der Frauen endlich bevor und dass sie das Feld von hinten aufrollten.» Heute sei zwar tatsächlich vieles besser als damals, «aber auf den grossen Aufbruch warte ich noch immer». Vom Wohnungsmarkt etwa würden Frauen nach wie vor ausgeschlossen, meistens aus finanziellen Gründen. Gleichzeitig werden Frauen immer älter, überleben ihre Ehemänner oft oder lassen sich noch in hohem Alter scheiden. «Viele wohnen dann allein in grossen Einfamilienhäusern oder Wohnungen und verlieren den Anschluss an die Gesellschaft.»

Aus der Isolation holen

Seit wenigen Monaten arbeitet Wiedenkeller daran, das zu ändern. Zusammen mit drei Geschäftspartnerinnen – der Architektin Tina Arndt, der Gestalterin und Kamerafrau Alice Koenig und der Juristin Carla Läufer – gründete sie die Frau baut AG mit Sitz in Zürich. Die Unternehmerinnen wollen Immobilien bauen, sanieren, bewirtschaften und verkaufen. Im Moment sind sie auf der Suche nach Investoren, die sich finanziell am Projekt beteiligen, und nach geeigneten Wohnobjekten, die sie für ihre Zwecke nutzen können. Wiedenkeller beschreibt, wie das aussehen könnte: «In von uns verwalteten Mehrfamilienhäusern sollen zum Beispiel alleinerziehende Mütter eine Wohnung finden. So können sie sich im Alltag gegenseitig unterstützen, aushelfen und aus der Isolation holen.»

Die Unternehmerinnen haben drei Mehrfamilienhäuser in Zug, Grenchen und Basel im Visier. Spruchreif ist laut Wiedenkeller aber noch nichts, «wir stehen ganz am Anfang». Leicht wird es ihnen der Immobilienmarkt nicht machen. Je tiefer die Zinsen, desto mehr Anleger wollen investieren. Trotzdem haben sich die Unternehmerinnen laut Wiedenkeller hohe Ziele gesteckt. «In fünf Jahren wollen wir über ein stattliches Immobilienportfolio verfügen. In zehn Jahren wollen wir die grösste Gesellschaft sein, die Wohnraum verwaltet und an Frauen vermietet.» Bis dahin müsse die Firma zwar genug Gewinn erwirtschaften, um ihren Zweck zu erfüllen. «Unbedingte Profitmaximierung ist aber nicht unser Ziel. Wir werden unsere Mieterinnen nicht auspressen, denn der soziale Aspekt ist uns wichtig.» Obwohl sich das Angebot explizit an Frauen richtet, seien auch männliche Investoren willkommen. Ihre Aufträge aber vergeben die Unternehmerinnen wenn immer möglich nur an Frauen.

Tappen im Dunkeln

Werden Energiekonzerne zu subventionierten Anbietern heimischen Stroms oder zu Akteuren in einem liberalisierten Markt? Die BKW-Chefin wüsste es gerne.

Yvonne Debrunner

Die Politik hat sich in den letzten Jahren ausgiebig mit dem Thema Energie befasst. BKW-Chefin Suzanne Thoma liess gestern bei einem Referat im Berner Stade de Suisse keinen Zweifel daran, dass dies ihre Arbeit nicht nur erleichtert hat: Die BKW solle nie mehr abhängig sein «von so viel politischem Engagement von so vielen Seiten», sagte Thoma an der Tagung, die von AEE Suisse, einem Wirtschaftsdachverband für erneuerbare Energien, organisiert worden war.

In einem Markt tätig zu sein, in dem das Weltbild betreffende Wünsche, handfeste wirtschaftliche Interessen, Subventionen und anderes sich irgend-

wie zu einem Amalgam verbünden, könne man zwar aushalten, sagte Thoma. Man dürfe aber die Zukunft des Unternehmens nicht von solchen Faktoren abhängig machen. Auch deshalb investiere die BKW stark in den Dienstleistungssektor. Denn dieser sei im Gegensatz zum Energiegeschäft weniger abhängig von politischen Entscheidungen. Im Energiegeschäft profitiert die BKW allerdings auch von der Regulierung, so investiert sie derzeit in die subventionierte Wind- und Kleinwasserkraft. Ein reguliertes Geschäft sei aber nicht risikofrei, sagte Thoma. Hier sei die Regulierung selbst das Risiko.

Die BKW-Chefin kritisierte, dass trotz der ausgiebigen politischen Tätigkeit weiterhin unklar sei, wohin die Reise eigentlich gehe. So sei nach wie vor nicht definiert, was eigentlich unter dem Begriff «Versorgungssicherheit» verstanden werde. Ob dies schlicht bedeute, genügend Strom zu haben, gleichgültig woher dieser komme. Oder ob damit ein hoher Eigenversorgungsgrad gemeint sei. «Wenn man dies wüsste, würde es helfen, abzuschätzen, ob sich

Investitionen etwa in die Wasserkraft lohnen oder nicht», sagte Thoma. Sie machte auch klar, welche Voraussetzungen für solche Investitionen nötig wären: «Wenn sich die Schweiz dafür entscheidet, einen relativ hohen Grad an Eigenversorgung zu haben und man trotzdem in den europäischen Stromhandel integriert ist, dann muss man für den Investor einen Mechanismus schaffen, der ihm garantiert, dass er seine Anlagen oft genug laufen lassen kann, auch wenn es zu viel Strom gibt.» Für diesen Fall forderte sie also eine Art Abnahmegarantie für die Bereitstellung der entsprechenden Stromreserven.

Leuthard ohne Antwort

Bundesrätin Doris Leuthard, die nach Thoma auftrat, gab auf die Frage nach der Definition der Versorgungssicherheit keine Antwort. Letztlich scheint ihr aber eher das Modell der selbstverantwortlichen Unternehmen in einem liberalisierten Markt vorzuschweben. «Die Strommarktöffnung kommt früher oder später», sagte sie, «obwohl das im Moment nicht viele möchten.» Manche

wollten lieber Heimatschutz, sagte Leuthard. Davon scheint sie zumindest langfristig nicht viel zu halten. Zwar wies sie darauf hin, die Auslandsabhängigkeit der Schweiz müsse reduziert werden. Als Mittel dazu nannte sie aber die Senkung des Energieverbrauchs, von Abnahmegarantien für hiesige Energieversorger war nicht die Rede.

Schliesslich wies Leuthard darauf hin, dass sich auch die Politik in einem unsicheren Umfeld bewege: «In der Schweiz hat man ja immer das Gefühl, wir sind der Nabel der Welt und wir können völlig autonom bestimmen, was die nächste Zukunft bringen wird», sagte sie. Dem sei nicht so. Die Energiestrategie sei eingebettet in internationale Verhältnisse – und diese seien mit der Wahl Donald Trumps nicht einfacher geworden. Die Rolle der Amerikaner bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sei entscheidend. Wenn ein amerikanischer Präsident die Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus habe, «dann kann das kippen», sagte Leuthard – und fügte an: «Das beunruhigt mich schon.»